

DIE LINKE. Sachsen

3. Tagung des 14. Landesparteitages

C. Sachantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages

C.1. Kommunalpolitik 2019: Nicht ohne DIE LINKE!

Beschluss der 3. Tagung des 14. Landesparteitages der LINKEN. Sachsen am 25. August 2018 in Hoyerswerda

Der Landesparteitag beschließt:

Kommunalpolitik 2019: Nicht ohne DIE LINKE!

Das Wahljahr 2019 naht mit großen Schritten: Neben den Landtags- und Europawahlen finden auch die Kommunalwahlen statt. 2014 konnten wir als Partei über 1000 Mandate in Stadt- und Gemeinderäten, in Kreistagen und Ortschaftsräten erringen. Diese Position gilt es 2019 zu verteidigen und auszubauen.

„Kommunalpolitik – Interessiert niemanden und erreichen können wir auch nichts!“

Wenn vom Wahljahr 2019 die Rede ist, wird meistens nur über die Landtagswahlen gesprochen. Dabei ist die Kommunalpolitik für uns als LINKE von zentraler Bedeutung. Sie ist unser Anker in der Basisarbeit vor Ort.

Unsere Erfolge lassen sich nicht von der Hand weisen. Wir haben als LINKE Bürgerentscheide initiiert, Sozialtickets in Leipzig und Dresden eingeführt, uns gegen Krankenhausschließungen im ländlichen Raum gestellt, für kostenfreien Zugang für Kinder und Jugendliche in Sport- und Kultureinrichtungen gekämpft und das Verbot von Glyphosat auf kommunalen Flächen erstritten – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Und das wichtigste: Wir sind Ansprechpartner*innen vor Ort. Ob es um die anstehende Änderung der Müllgebührensatzung geht, bei Problemen mit der Vereinsförderung oder um einfach mal nachzufragen, wann der abgesperrte Spielplatz endlich saniert wird.

Deshalb ist es wichtig, dass wir auch 2019 überall in Sachsen mit LINKEN Listen zur Kommunalwahl antreten und Gesicht zeigen – für solidarische und nachhaltige Kommunen.

„Bis Mai 2019 ist noch viel Zeit!“

Eben nicht. Das haben auch schon viele Kreis- und Ortsverbände gemerkt und sind bereits dabei die Kommunalwahlen vorzubereiten. Das ist gut so. Unterstützung in Form von Werbe- und Infomaterial gibt es wie schon die Jahre zuvor von der Landesgeschäftsstelle sowie unseren Bildungspartnern. Diese Unterstützung wird es auch 2019 geben, u.a. in der Gestaltung der Kandidat*innenflyer.

Die Kandidat*innenfindung kann den Ortsverbänden aber niemand abnehmen. Denn nur die Genoss*innen vor Ort kennen die Leute aus dem eigenen Dorf und der eigenen Stadt. Sie wissen am besten wen man ansprechen kann, ob sie für DIE LINKE kandidieren möchten. Das können Genoss*innen sein, die schon lange in den Kommunalvertretungen sitzen – Aber nicht nur! Wenn man sich die Altersstruktur unserer Fraktionen und Gemeinderäte anschaut, sieht man deutlich, dass wir vielerorts einen Generationswechsel brauchen. Und diesen müssen wir auch zulassen. Denn wenn wir in 10 Jahren immer noch stark in der sächsischen Kommunalpolitik vertreten sein wollen, müssen wir heute schon junge Menschen in die Kommunalpolitik lassen. In manchen Gemeinden gibt es schon Pat*innenprogramme, wo altgediente Kommunalpolitiker*innen den jungen zur Seite stehen und ihr angesammeltes Wissen vermitteln. Dieses Modell sollte überall Schule machen. Grundsätzlich soll und mit Blick auf die Mitgliederstruktur unserer Partei, ein gemeinsames Anliegen sein, mehr Frauen* für linke Politik zu begeistern. Nach wie vor sind mehr Männer in unserer Partei aktiv, werden wir bei Wahlen von mehr Männern als Frauen gewählt und es werden mehr Männer in unserer Partei Mitglied

DIE LINKE. Sachsen

3. Tagung des 14. Landesparteitages

als Frauen*: Und stellen sich auch viel öfter zur Wahl. Das hat nicht nur erheblichen Einfluss auf Mitgestaltung politischer Prozesse innerhalb unserer Partei sondern steht unserem emanzipatorischen Anspruch entgegen und spiegelt sich negativ in der Zusammensetzung von Gremien und Parteistrukturen wieder. Gerade in Hinblick auf eine gleichberechtigte Mitgestaltung linker Politik, die Gewährleistung von Quotierungen und/ oder bei der Gewinnung weiblicher Kandidierender für politische Mandate, fällt uns dieses strukturelle Ungleichgewicht auf die Füße. Deswegen wollen wir insbesondere Frauen* dazu ermutigen für kommunale Mandate, politische Ämter und Gremien zu kandidieren und gezielt weibliche Kandidierende unterstützen.

Aber wir dürfen uns nicht nur auf unsere eigene Mitgliedschaft beschränken. In vielen Gemeinden sind auch Sympathisant*innen auf unseren Listen angetreten und gewählt worden. Wir sollten uns nicht davor scheuen, auf Expertise von außerhalb zu vertrauen, wenn sie unsere LINKEN Inhalte mit vertritt. Sei es der Sozialarbeiter aus dem Gemeindezentrum für Fragen in der Sozial- und Jugendhilfe oder die Bauunternehmerin in Fragen von Stadtentwicklung und Baupolitik.

„Unsere Kernthemen haben kommunalpolitisch doch keine Relevanz!“

Gerade in der Kommunalpolitik befinden wir uns in einem ständigen Widerspruch zwischen unserem Ziel, eine soziale Politik vor Ort zu gestalten auf der einen, und sogenannten Sachzwängen auf der anderen Seite. Linker Anspruch trifft auf ernüchternde Wirklichkeit. Gelegentlich fühlt man sich als Kommunalpolitiker*in wie ein*e Erfüllungsgehilf*in einer Politik, die man selbst ablehnt. Verursacht wird dieses Dilemma durch die sächsische Landesregierung. Anstatt ihre Pflichten wahrzunehmen, wälzt diese nach wie vor zentrale Säulen der Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab, ohne auch nur ansatzweise das nötige Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Die katastrophalen Folgen sehen wir jeden Tag in unseren Gemeinden und Kiezen. Das nimmt uns als LINKE aber nicht aus der Verantwortung, im Gegenteil: DIE LINKE ist die Partei der großen Ideale. Diese müssen in der Kommunalpolitik nicht etwa aufgegeben, sondern erst recht in konkretes Tun umgesetzt werden.

Armut muss nicht sein

Kinder- und Altersarmut sind Themen, die uns ganz besonders umtreiben. Eine Kindergrundsicherung sowie die Mindestrente sind noch nicht in Sicht. Dennoch können wir den Betroffenen vor Ort helfen. Zum Beispiel indem man Kindern freien Zugang zu Bildung, Sport und Kultur gewährt. Sei es der kostenlose Zugang zur Bibliothek oder dem Museum, eine Zuschussfinanzierung zum Mittagessen in Kita und Schule oder ein breites Angebot von Freizeiteinrichtungen und Spielplätzen. Für unsere älteren Mitbürger*innen sind sicher ein günstiges Ü65-Ticket für den ÖPNV hilfreich, der Erhalt der Begegnungsstätte vor Ort immens wichtig und ein Ausbau der kommunalen Krankenversorgung überlebenswichtig.

Die Bürger*innen mitnehmen

Bürgerbeteiligung ist mehr als nur aller vier bis fünf Jahre ein Kreuz abgeben zu dürfen. Bürgerbeteiligung fängt direkt vor Ort in der Kommune an. Nämlich mit Bürger*innensprechstunden, öffentlichen Fraktionssitzungen und Einwohner*innenversammlungen. Gerade bei strittigen Themen ist es wichtig, die Menschen vor Ort mitzunehmen und mitentscheiden zu lassen. Sei es durch Umfragen, die Einsetzung von Bürger*innenplattformen, die Schaffung eines Bürger*innenhaushaltes oder Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide. Die sächsische Gemeindeordnung bietet hier verschiedene Möglichkeiten an, die wir in der Kommune auch allesamt nutzen sollten.

Mobilität für alle

Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb sollte jeder Mensch – egal ob Kind, Arbeiter*in oder Generation 60plus – die Möglichkeit haben, mobil zu sein. Gerade im ländlichen Raum ist das oft nicht mehr möglich. Wenn überhaupt ein Bus fährt dann nur alle drei Stunden und nur bis 18 Uhr. Hier müssen wir von kommunaler Seite gegensteuern. Da gilt es den ÖPNV wieder attraktiv zu machen: Mit einem wohnortnahen sowie bezahlbarem Nahverkehrsnetz. Zu letzterem gehört neben dem Job- und Sozialticket auch eine kostenfreie Schülerbeförderung. Projekte zur Erschließung „weißer Flecken“ in

DIE LINKE. Sachsen

3. Tagung des 14. Landesparteitages

ländlichen Regionen über integrierte Fahrpläne und zur perspektivischen Elektrifizierung des ÖPNV müssen viel breiter angegangen werden. Auch die Themen Radverkehr und Park & Ride müssen kommunal wieder stärker in den Fokus rücken. Mobilität ist mehr als das Auto.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Das Thema Wohnen ist gerade überall präsent. In den großen Städten wird der Wohnraum immer knapper. Selbst Gutverdiener*innen können sich keine Wohnung mehr in der Innenstadt leisten und Familien mit drei Kindern müssen sich auf 60 Quadratmeter quetschen. Währenddessen kämpfen die kleinen Dörfer und Gemeinden mit massivem Leerstand. Kommunale Wohnungsunternehmen müssen hier stärker gefördert werden: beim Angebot von preiswertem Wohnraum und bei der Sanierung des Bestandes. Mit kommunalem Wohngeld und preiswertem Baugrund müssen Anreize für Menschen geschaffen werden, sich auch in kleineren Gemeinden niederzulassen. Auch privaten Vermieter*innen Anreize zu geben, Wohnraum günstig anzubieten, ist eine Option. Wir kämpfen für sozialen Wohnraum überall! Darunter verstehen wir -neben den üblich damit assoziierten Sozialwohnungen- vor allem barrierearmen, bezahlbaren Wohnraum für junge Familien und ältere Menschen.

Und nun?

Gehen wir mutig in den Wahlkampf und gewinnen Kandidat*innen! Zeigen wir, dass Kommunalpolitik, für uns als LINKE, oberste Priorität hat. Sei es beispielsweise dadurch, dass wir auf Bundesebene für auskömmliche Kommunalfinzen streiten oder im Landtag die Senkung des Wahlalters thematisieren. Vor allem aber zeigen wir in den Gemeindevertretungen, dass unsere politische Arbeit ganz konkret wird. Dazu gehört, dass wir offen mit unseren Erfolgen umgehen. Erzählen wir unserer Familie, dem Arbeitskollegen und der Gartennachbarin, was DIE LINKE für sie persönlich erreicht hat. Wenn bei den Bürger*innen ankommt, dass wir in Kreis-, Stadt- und Gemeinderat unverzichtbar sind, ist bereits ein großer Schritt getan. Lasst uns mit diesen großen Schritten auf die Kommunalwahlen zugehen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

X

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____